

5. **Protokoll der Sitzung des Bankausschusses der Schweizerischen Nationalbank,  
11. 7. 1940**

No. 10. 1940.

Protokoll über die Verhandlungen des Bankausschusses der Schweizerischen Nationalbank

Sitzung vom 11. Juli 1940 abgehalten in Bern, im Sitzungszimmer des Bankausschusses.

Beginn: Vormittags 10 Uhr.

Anwesend sind folgende Mitglieder des Bankausschusses[:] Herren Prof. Dr. G. Bachmann, Präsident, Winterthur, L. Daguët, Vizepräsident, Freiburg, Ed. Bordier, Genf, F. Hug, St. Gallen, Dr. C. Koechlin, Basel, Prof. Dr. E. Laur, Brugg, Ed. von Steiger, Bern.

Ferner nehmen an der Sitzung teil: Herren Präsident E. Weber, Vizepräsident Dr. P. Rossy, Generaldirektor F. Schnorf, Generalsekretär E. Mosimann.

Vorsitzender: Herr Präsident Prof. Dr. G. Bachmann.

Protokollführer: Herr Dr. J. Leemann.

[...]

Herr Prof. Dr. *Laur* macht einige orientierende Mitteilungen über die zur Zeit in Bern stattfindenden *Verhandlungen mit Deutschland*. Er kommt dabei insbesondere auf die die Nationalbank in erster Linie interessierende Frage der Gewährung eines Kredites – gedacht ist ein Regierungskredit – zu sprechen. In diesem Punkte bestehen noch verschiedene Differenzen; nicht zuletzt wird die Frage des Zinsfusses gewisse Schwierigkeiten bereiten. Bei der Beurteilung des ganzen Fragenkomplexes darf zudem nicht übersehen werden, dass bereits auch Italien mit Kreditwünschen an die Schweiz herantreten ist. Trotz allem glaubt der Sprechende, dass es zu einer Verständigung mit Deutschland kommen wird, die allerdings mit hohen Kohlenpreisen und der Gewährung eines Kredites bezahlt werden muss. Andererseits bleibt zufolge der möglichen Warenlieferungen nach Deutschland grossen Teilen unserer Exportindustrie auch weiterhin Beschäftigung und Arbeit gesichert.

Der *Vorsitzende* hält es für angezeigt, dass sich die Nationalbank ungesäumt mit dieser Kreditfrage beschäftigt; muss sie doch dem Bund die erforderlichen Mittel wieder auf dem Reskriptionswege zur Verfügung stellen. Kommen ausser Deutschland noch andere Staaten mit Kreditbegehren, so kann dadurch letzten Endes unsere Währung beeinflusst werden.

Herr Dr. *Koechlin*: Verhandlungen, wie sie gegenwärtig mit Deutschland geführt werden, müssen in das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes eingebaut werden. Der Abschluss eines Abkommens mit Deutschland gewährleistet weiten Kreisen unserer Industrie Arbeit. Selbst wenn der in Frage stehende Kredit zu Gunsten Deutschlands zinsfrei gegeben werden müsste, ist dies immer noch besser, als wenn



man auf weniger zweckmässige Weise Hunderte von Millionen Franken für Arbeitslosenunterstützungen ausgeben müsste. Auch für den Fall, dass Italien mit einem ähnlichen Kreditgesuch wie Deutschland kommen sollte, muss die Transaktion vom Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung aus beurteilt und durchgeführt werden.

Der Sprechende gibt dem Wunsche Ausdruck, dass in den Verhandlungen mit Deutschland das Prinzip der Wertgrenzen im Auge behalten wird. Wenn Deutschland künftighin nur noch diejenigen Waren aus der Schweiz beziehen würde, auf die es besonderes Gewicht legt, so hätte das eine sehr einseitige Beschäftigung unserer Industrie zur Folge.

Herr Prof. Dr. *Laur* teilt mit, dass die Schweizer-Delegation versuche, diese Wertgrenzen wenn möglich beizubehalten oder sogar noch zu erhöhen. Mit Bezug auf die Landwirtschaft ist er allerdings persönlich der Auffassung, dass die Wertgrenzen aufgehoben werden sollten. Hier werden die Ausfuhrmöglichkeiten vornehmlich durch unsere Produktionsverhältnisse geregelt.

Herr *Hug* möchte für diese Wertgrenzen ein spezielles Wort einlegen. Man darf nicht vergessen, dass die Wertgrenzen wieder grössere Bedeutung bekommen, sobald die Kriegslieferungen einmal wegfallen.

Was den Kredit anbetrifft, wird die Schweiz kaum darum herumkommen, ihn zu gewähren. Der Sprechende ist seinerzeit für einen Kredit an England eingetreten; er möchte daher auch in diesem Falle keine Einwendungen erheben, um so weniger, als die Aktion, wie bereits gesagt worden ist, in das Gebiet der Arbeitsbeschaffung fällt. Im Hinblick auf die Möglichkeit, dass noch weitere Kreditgesuche an die Schweiz gestellt werden, wäre es nach Ansicht des Herrn *Hug* immerhin erwünscht, wenn bei der Beurteilung dieser Frage die Totalität der möglicherweise zu gewährenden Kredite im Auge behalten würde.

Herr *von Steiger* möchte in dieser Kreditfrage nicht allzu ängstlich sein.

Im übrigen steht wohl als eine der Hauptaufgaben die Bereitstellung der Mittel für die vom Bundespräsidenten angekündigte Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Die Frage, mit der wir uns also in erster Linie befassen sollten, lautet: Wie können die dazu erforderlichen Mittel aufgebracht werden? Dabei muss man sich bewusst sein, dass es sich nicht nur um die Ueberbrückung während einer kurzen Uebergangszeit, sondern um ein Problem handelt, dessen Lösung sich über eine Reihe von Jahren erstrecken wird. Bereits wird im Zusammenhang mit dieser Frage von der Schaffung einer «Arbeitsbank» mit einer besonderen «Inlandswährung» gesprochen. Sicher ist, dass wir schon heute wissen müssen, wie diese zusätzlichen Arbeiten von grossem Umfang bezahlt werden sollen. Kantone und Gemeinden mit ihren beschränkten Mitteln können das nicht in genügendem Masse tun.

Es wird also auch Aufgabe der Nationalbank sein, sich mit diesen Fragen rechtzeitig zu befassen.

Herr *Daguet*: Die Arbeitsbeschaffung ist Sache des Bundes und er trägt hiefür auch die Verantwortung. Die Nationalbank hat lediglich dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Soweit es sich um die Gewährung von Krediten an das Ausland handelt, wird man, wie richtig gesagt worden ist, sämtliche Begehren, die allenfalls an uns gestellt werden können, im Auge behalten müssen. Was speziell den in Frage stehenden Kredit an Deutschland anbetrifft, liegt die Sache insofern etwas unbefriedigend, als wir mit der Gewährung des Kredites unsere Warenlieferungen

nach Deutschland selbst bezahlen. Der Sprechende erinnert noch an die grossen Verluste, die die Schweiz zufolge [sic] ihrer Kreditgewährung im letzten Weltkriege erlitten hat.

Herr Prof. Dr. *Laur* macht demgegenüber darauf aufmerksam, dass Deutschland die ihm während des Weltkrieges gewährten Kredite zurückbezahlt hat. Man darf diese Kredite nicht verwechseln mit jenen, die der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit von unseren Banken angetragen worden sind. Im übrigen ist für die Tilgung des in Frage stehenden Kredites schon heute eine feste Regelung zu treffen. Unter Umständen kann eine Rückzahlung in Form von Waren erfolgen.

Herr *Weber* hält es für verfrüht, schon heute von der Bank aus zu dem ganzen Problem Stellung zu nehmen. Es ist ja noch völlig ungewiss, in welchem Rahmen sich die ganze Sache abwickeln soll. Die Nationalbank wird dem Bund einstweilen die nötigen Mittel innerhalb seiner Diskontolimite von 400 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Im übrigen ist vorzusehen, dass die gleichen Richtlinien massgebend sein werden, wie sie für die Finanzierung der Landesverteidigung Geltung haben. Die Nationalbank wird vorerst die erforderlichen Gelder gegen Reskriptionen vorschliessen und dann zu gegebener Zeit für eine Konsolidierung besorgt sein. Daneben müssen dem Bunde auf dem Steuerwege weitere Mittel zugeführt werden. Herr *Weber* spricht in diesem Zusammenhang sein Bedauern darüber aus, dass die vor bald einem Jahr grundsätzlich beschlossenen neuen Steuermassnahmen bis heute immer noch nicht zur Durchführung gelangt sind.

Der *Vorsitzende* wirft die Frage auf, ob nicht im Bundeshaus nähere Erkundigungen einzuholen wären. Die Nationalbank sollte sich immer ein Bild machen können, wie sich die finanzielle Situation des Bundes in der nächsten Zeit entwickelt. Der 400 Millionen-Kredit kann unter Umständen sehr bald erschöpft sein. Wir müssten dann wieder an den Bankrat gelangen und ihm bei dieser Gelegenheit bereits ein bestimmtes Programm vorlegen können.

Mit Bezug auf die Ausführungen des Herrn *Weber* weist Herr Prof. Dr. *Laur* darauf hin, dass die Kriegsgewinnsteuer schon in diesem Jahr läuft. Dem Vernehmen nach soll sie bedeutend mehr einbringen als ursprünglich von ihr erwartet worden ist.

Herr *von Steiger* ist der Meinung, dass die Nationalbank mit der Prüfung des Fragenkomplexes nicht zuwartet, bis man mit bestimmten Fragen an sie herantritt. Parallel zu den bereits laufenden Bemühungen sollte die Notenbank intern und völlig unverbindlich prüfen, wie in finanzieller Hinsicht das Arbeitsbeschaffungsproblem zu lösen ist.

Herr *Weber*: wir werden in der Sache etwas sondieren, aber vorgreifen kann die Nationalbank der ganzen Angelegenheit nicht. Im übrigen glaubt der Sprechende kaum, dass das in Frage stehende Problem unsere Währung allzu stark tangieren wird.

*Quelle*: Archiv SNB, ohne Signatur. Siehe S. 132 (Anm. 149).